

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8208.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Betrag für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der neue Reichstag.

Was wir in den Tagen zwischen der Haupt- und Stichwahl immer aufs Neue gegenüber den Leuten betonten, die erklärten, es werde sich nichts im neuen Reichstag ändern, haben die Stichwahlen in jeder Hinsicht bestätigt: Die Möglichkeit war gegeben, die Kardorffsche Bollmehrheit nicht nur zu schwächen, sondern auch zu brechen.

Nach den noch nicht vollständig vorliegenden Ergebnissen ist jetzt schon sicher, daß die oppositionelle Minderheit — wie schwankend auch immer der Begriff der Opposition sein mag — rund 150 beträgt. Und diesen Erfolg haben die Socialdemokraten, die einzige zuverlässige Oppositionspartei, aus eigener Kraft errungen. Hätten die Freisinnigen, sowohl die von der Volkspartei als auch von der Vereinigung, nicht in 30 bis 40 Wahlkreisen die Socialdemokraten an die brutalsten Agrarier verraten, so hätte der neue Reichstag ein vollständig verändertes Gesicht gezeigt, beinahe eine absolute Mehrheit der Opposition. Der Freisinn hat den ganzen Osten — als Kuppellohn für den armseligen Gewinn in Berlin I — an die Junkerschaft verraten. Die ganze Verantwortung für alle reaktionären Erfolge fällt auf ihn. An einer möglichen Wendung der deutschen Politik hat das freisinnige Bürgerturn schmählich verfehlt.

Und es ist gut so, daß auch die letzten Illusionen über die politische Fähigkeit des Freisinn — von Ehrlichkeit und echtem Liberalismus nicht zu reden — verschwunden sind. Wir rechnen im ganzen Reich mit der Entwicklung zu sachlich schroffer Scheidung. Wer nicht für die Socialdemokratie ist, kann nur noch Knecht und Helfershelfer der Herikal-konservativen Agrarorganisation sein.

Demnach wird der neue Reichstag nicht mehr der wunschnährte Lammelpfad der Spahn, Kardorff und Ströcher sein. Das Centrum hat empfindliche Verluste erlitten und noch schlimmere nur mit knapper Not vermieden, die Nationalliberalen haben sogar ihren Führer eingebüßt und konnten überall nur mit dem anmutigen Passierschein des „kleineren Übels“ in den Reichstag gelangen. Die Konservativen wären zu einem kleinen Häuflein zusammengeschmolzen, wenn nicht der Freisinn sie zum Leben aufgeblasen hätte und die Landwirtsbündler sind ganz und gar zerdrückt wie ein Maulpfeifen!

Das alles sind Zeichen und Zeichen, die niemand, und wäre er noch so verrannt, ganz unbeachtet lassen kann. Die drei Millionen socialdemokratischer Wahlstimmen haben zwar nicht ihren angemessenen Ausdruck im Reichstage gefunden, aber sie sind — was man noch vor kurzem für ein Märchen gehalten hätte — ganz nahe dem Centrum gerückt, das nur noch dort unbestegbar ist, wo noch kein Lichtstrahl der Aufklärung durch den schwarzen Wall von Kaplänen durchbrechen konnte!

Bis 9 Uhr morgens waren am Freitag 167 Ergebnisse bekannt. Gewählt sind 41 Nationalliberale, 27 Socialdemokraten, 19 Freisinnige Volkspartei, 21 Konservative, 11 Centrum, 10 Freisinnige Vereinigung, 8 Reichspartei, 6 Deutsche Volkspartei, 7 Antisemiten, 6 Welfen, 3 Elsfässer, 3 Bund der Landwirte und Bauernbund, 2 Polen, 1 Nationalsocialer, 2 Wilde.

Einschließlich der Resultate der Hauptwahlen verfügen nunmehr die Konservativen über 53 Sitze, das Centrum über 90, die Nationalliberalen über 47, die Socialdemokraten 83, die Polen über 16, die Reichspartei über 14, der Bauernbund und der Bund der Landwirte über 6, die Elsfässer über 9, die Dänen über 1, die Antisemiten über 8, die Christlichsocialen über 1, die Nationalsocialen über 1, die Freisinnige Volkspartei über 19, die Freisinnige Vereinigung über 10, die Deutsche Volkspartei über 6, Wilde über 5 und die Welfen über 6 Sitze.

In der Stichwahl gewannen die Socialdemokraten 27 Mandate und verloren 5, das Centrum gewann 2 und verlor 6, die Nationalliberalen gewannen 14 und verloren 7, die Antisemiten gewannen 4 und verloren 3, die Konservativen gewannen 12 und verloren 7, die Reichspartei gewann 1 und verlor 2, die Deutsche Volkspartei gewann 3 und verlor 1, die Freisinnige Volkspartei gewann 3 und verlor 1, die Elsfässer gewannen 1 und verloren 1, Wilde gewannen 2 und verloren 1, die Welfen verloren 1 und gewannen 3, der Bauernbund und der Bund der Landwirte gewannen 3, die Polen gewannen 2 Sitze.

Die 27 socialdemokratischen Stichwahlgewinne können sich noch geringfügig ändern; es ist möglich, daß die Zahl sich noch um einen oder zwei vermehrt. 27 sind uns jedenfalls sicher.

Mit besonderer Genugthuung erfüllt uns, daß wir nicht nur Bochum, sondern auch Dortmund erobert haben und damit den Toten des 25. Juni einen der bösesten Arbeiterfeinde, Hilb, nachgeworfen haben.

Einige Kreise werden uns noch in den Nachwahlen zufallen, deren Mandate infolge der geradezu ungeheuerlichen Wahlbeeinflussungen laßter werden dürften!

So hat das Volksgewissen der Wahlen — trotzdem alle Schlammschleichen Verleumdungen wider uns spien, trotz der Zusammenballung der einen reaktionären Masse, trotz eines Systems beispielloser Wahlerpressungen und trotz der verfassungswidrigen Ungleichheit der Wahlkreise — mit aller Kraft sein Urteil gesprochen.

Die Socialdemokratie wird im neuen Reichstag der Zahl nach neben der „regierenden Partei“ erscheinen. Sie wird eine Fülle neuer sachkundiger Politiker in das Parlament entsenden. Als die Partei des Volkswillens, als Partei des Fortschritts auf allen Gebieten, als die Partei der fleißigsten und tüchtigsten Arbeiter des Reichstages, wird sie die moralisch und in der Folge auch die politisch ausschlaggebende Macht sein!

Unsre Stichwahl Siege.

Es sind bis jetzt (9 Uhr morgens) als gewählt gemeldet:

- | | |
|----------------|--------------------------|
| Schulze | Freiberg 9. Sachsen |
| Motteler | Leipzig-Stadt |
| Tuhauer | Breslau-Ost |
| Pfannkuch | Magdeburg |
| Weist | Penney-Mettmann |
| Biel | München |
| Ehrhart | Ludwigshafen |
| Lindemann | Göppingen |
| David | Mainz |
| Dreesbach | Mannheim |
| Suó | Bochum |
| Schmidt | Frankfurt a. M. |
| Serbert | Stettin |
| Paase | Königsberg |
| Schöpflin | Vorna |
| Gei | Karlruhe |
| Sperka | Röblingen |
| Schlegel | Ehlingen |
| Mahlke | Flensburg |
| Eichhorn | Pforzheim |
| Lipinski | Nischah |
| Heinrich Braun | Frankfurt a. O. |
| Bömelburg | Dortmund |
| Brühne | Höchst |
| Lesche | Lauenburg 10. Schl.-Hol. |
| Waubert | Weimar |
| Dietrich | Ulm |

Das Resultat der Stichwahlen.

Soweit sichere Zahlenangaben vorliegen, geben wir dieselben nachstehend noch. Zu den im besonderen Abschnitt gegebenen Siegen unsrer Partei ist zu bemerken, daß jetzt Bochum und Dortmund, die nach unsren eignen gestrigen Meldungen von uns gewonnen waren, auch vom „W. L. V.“ zugegeben werden, dessen Meldungen gestern hartnäckig die beiden Nationalliberalen siegen ließen. Als neue auch vom „W. L. V.“ zugegebene Siege kommen hinzu Höchst-Uffingen, Lauenburg, Weimar und Ulm, während Wendheim-Erbach noch zweifelhaft erscheint, Rinteln-Hofgeismar aber den Antisemiten zugefallen ist. Als verloren sind auch zu betrachten Jena und Eisenach; weitere Siege dürften wir kaum noch zu erwarten haben.

- | | |
|---|---|
| Höchst-Uffingen. Soc. mit Centr. | Es erhielten Stimmen: Brühne 17 100, Itzhert 16 061. Gewählt: Brühne, Soc. |
| Hagen. Soc. mit Frs. Vp. (vervollständigt). | Es erhielten Stimmen: Timm 16 214, Eugen Richter 21 999. Gewählt: Eugen Richter, Frs. Vp. |
| Hirschberg-Schnau. Soc. mit Frs. Vp. | Es erhielten Stimmen: Feldmann 5520, Ablek 10 608. Gewählt: Ablek, Frs. Vp. |
| Lüft-Riederung. Soc. mit Konf. | Es erhielten Stimmen: Schider 11 200, Hofer 7800. Gewählt: Schider, Konf. |
| Sangerhausen. Soc. mit Ap. | Es erhielten Stimmen: Simon 7515, Scherre 9800. Gewählt: Scherre, Ap. |
| Wartenberg-Deis. Ap. mit Antif. | Es erhielten Stimmen: Kardorff 6210, Stumpf 2982. Gewählt: Kardorff, Ap. |
| Jerichow. Soc. mit Wismar. | Es erhielten Stimmen: Voigt 9340, Wismar 18 551. Gewählt: Wismar. |
| Kaiserlautern. Soc. mit Frs. Vp. | Es erhielten Stimmen: Klement 8490, Sartorius 10 711. Gewählt: Sartorius, Frs. Vp. |
| Duisburg. Soc. mit Rail. | Es erhielten Stimmen: Hengsbach 29 937, Deumer 36 407. Gewählt: Deumer, Rail. |
| Hörlig. Soc. mit Frs. Vp. | Es erhielten Stimmen: Kessler 18 059, Mugdan 18 247. Gewählt: Mugdan, Frs. Vp. |
| Dortmund. Soc. mit Rail. | Es erhielten Stimmen: Bömelburg 39 391, Hilb 89 074. Gewählt: Bömelburg, Soc. |
| Rassel-Weisungen. Soc. mit Antif. | Es erhielten Stimmen: Ziel 15 817, Lattmann 16 808. Gewählt: Lattmann, Antif. |
| Garnitzau-Rilchne. Konf. mit Pole. | Es erhielten Stimmen: Jindler 14 120, Gajowied 8304. Gewählt: Jindler, Konf. |
| Lörrach-Mühlheim. Centr. mit Rail. | Es erhielten Stimmen: Blankenhorn 10 439, Kopf 7151. Gewählt: Blankenhorn, Rail. |
| Ehlingen. Soc. mit Bund d. L. | Es erhielten Stimmen: Schlegel 12 145, Lang 11 409. Gewählt: Schlegel, Soc. |

- | | |
|----------------------------------|--|
| Iferlohn. Soc. mit Frs. Vp. | Es erhielten Stimmen: Gewehr 10 196, Lenzmann 18 547. Gewählt: Lenzmann, Frs. Vp. |
| Lauenburg. Soc. mit Ap. | Es erhielten Stimmen: Lesche 5277, Bernstorff 4782. Gewählt: Lesche, Soc. |
| Hagenau-Weisburg. Eis. mit Bild. | Es erhielten Stimmen: Wiltberger 13 873, Prinz Hohenlohe 12 983. Gewählt: Wiltberger, Eis. |

Bisher sind von den 180 Stichwahlen die Resultate aus 167 Wahlkreisen bekannt; doch fehlt bei manchen noch die Angabe genauer Stimmengahlen, so daß vielleicht einzelne Korrekturen nötig sein werden. Gewählt sind:

- | |
|-----------------------------|
| 27 Socialdemokraten, |
| 21 Konservative, |
| 8 Reichspartei, |
| 11 Centrum, |
| 6 Welfen, |
| 41 Nationalliberale, |
| 10 Freisinnige Vereinigung, |
| 19 Freisinnige Volkspartei, |
| 6 Deutsche Volkspartei, |
| 7 Antisemiten, |
| 2 Polen, |
| 3 Elsfässer, |
| 3 Bauernbündler, |
| 1 Nationalsocialer, |
| 2 Wilde. |
- Die von der Socialdemokratie gewonnenen Kreise veröffentlichen wir an anderer Stelle. Von den übrigen Parteien haben gewonnen:

- Die Konservativen:**
- | | |
|---------------------|------------------|
| Striegau | v. Richtigshofen |
| Liebenwerda-Torgau | Prähsent |
| Winden-Lübbede | Sielemann |
| Merseburg-Querfurt | Winkler |
| Bunzlau | Kern |
| Ost-Havelland | Bauk |
| Serford-Halle | Reher |
| Emden-Beer | Antypausen |
| Stottbus | Dirkfen |
| Elbing-Marienbu | v. Oldenburg |
| Remel-Gebedrug | Kranke |
| Lüft | Schider |
| Huppin-Templin | Dietrich |
| Landesberg-Soldin | Vöning |
| Kalan-Ludau | Hemming |
| Niedermünde-Ifsedom | v. Wöhlfendorf |
| Garnitzau-Rilchne | Jindler |
| Strehlen-Ostau | Rothe |
| Jerichow | Wismar |
| Ansach-Schwabach | Hufnagel |
| Güstrow-Ribniz | v. Kreuzfeld |

- Die Reichspartei:**
- | | |
|--------------------------|--------------|
| Oberbarnim | Bauk |
| Wittorf-Dehtsch | Bauermeister |
| Frankfurt-Lissa | Schmidt |
| Deutsch-Krone | Gamp |
| Reiprignitz | Stubbendorff |
| Dels-Bartenberg | v. Kardorff |
| Sangerhausen-Edartsberga | Scherre |
| Wedlarburg-Streitig | Raud |

- Das Centrum:**
- | | |
|------------------|--------------|
| Bürgburg | Zaler |
| Köln-Stadt | Trimbora |
| Beuthen | Kroft |
| Effen | Stögel |
| Düsseldorf | Kirch |
| Hildesheim | Bauermeister |
| Vielefeld | Bumann |
| Mühlheim (Rhein) | de Witt |
| Schweinfurt | Holzappel |
| Freiburg (Waden) | Karbe |

- Die Welfen.**
- | | |
|-------------------------|-----------------|
| Holzminde-Wandersheim | Damm |
| Lüchow-Nelken-Fienhagen | v. Bernstorff |
| Dsnabrück | v. Schele |
| Nelle-Diepholz | Colshorn |
| Göttingen | v. Döhlenhausen |
| Bledede | v. Wangenheim |

- Die Nationalliberalen.**
- | | |
|---------------------------|-------------------|
| Schwarzburg-Sondershanfen | Paerwinkel |
| Duisburg-Mühlheim | Deumer |
| Guben-Lübben | Schönaich-Carolau |
| Mühlhausen (Elsch) | Schlumberger |
| Biedbaben | Partling |
| Banzleben | Schmidt |
| Gannstatt | Hieber |
| Worms | Hehl zu Herndheim |
| Dof (Wahem) | Mülich-Ferber |
| Offenbach a. R. | Reber |
| Halberstadt | Rimpau |
| Danau | Lucas |
| Wiehen | Gehtigenstädt |
| Sinsheim (Waden) | Müller |
| Delmstedt-Wolfenbüttel | Kaufmann |
| Dann-Soest | Westermann |
| Erfurt-Ehlenfingen | Hagemann |
| Graubenz-Strasburg | Sieg |

Schleswig-Holstein	Matfen
Berden	Seld
Sameln-Springe	Balbrecht
Einbe-Rortheim	Jorns
Woslar-Bellerfeld	Horn
Celle-Gishorn	Wohl
Harburg-Rotenburg	Dehnen
Geestemünde	Vötiger
Limbürg	Vuchies
Koblenz	Krämer
Kreuznach-Simmern	Paasche
Landau	Schellhorn
Bermerheim	Lichtenberger
Zweibrücken	Heinenweber
Weyreuth	Hagen
Donauersingen-Engen	Kaller
Lörrach	Blantenhorn
Heidelberg-Eberbach	Wed
Friedberg-Bildingen	Graf Oriola
Alsfeld-Lauterbach	Wallau
Eisenach	Fries
Koburg	Sagig

Die Freisinnige Vereinigung.

Danzig	Rommsen
Dessau-Zerbst	Köfke
Dithmarschen	Hoed
Röhm-Kolberg	Barth
Greifswald-Grimmen	Gothein
Glogau	Hoffmeister
Schweinitz	Dove
Barth-Ludwigslust	Padnide
Waldau	Botthoff
Strahburg (Stadt)	Riff

Freisinnige Volkspartei.

Berlin I	Kaempf
Hagen	Eugen Richter
Nordhausen	Wiemer
Schwege-Schmallalben	Seyboth
Erlangen-Fürth	Barbed
Sagan-Sprottau	Rüller
Mühlhausen-Langensalza	Eichhoff
Grünberg-Freystadt	Kell
Löwenberg	Kopisch
Piegnitz-Goldberg	Bohl
Landeshut-Zauer	Hermes
Hirschberg-Schöna	Ablass
Wörlitz-Laubau	Rugdan
Altena-Nerlohn	Kunzmann
Kaiserlautern	Sartorius
Bingen-Alzen	Schmidt
Oldenburg (Großherzogtum)	Wargmann
Barel	Träger
Meiningen	Müller

Deutsche Volkspartei.

Reutlingen	Bayer
Calw	Schweikhardt
Heidenheim	Storz
Freudenstadt	Wagner
Stuttgart	Haußmann
Strahburg (Land)	Blumenthal

Die Antisemiten.

Baunzen	Graefe
Schlochau-Platow	Böcker
Arnsvalde-Friedeberg	Brühn
Ost- und West-Sternberg	Frölich
Rinteln-Hofgeismar	Graf Nebentlow
Kassel-Messungen	Zatmann
Hersfeld-Rotenburg	Berner

Die Polen.

Kattowitz-Bydrze	Korfanitz
Plesch-Mybnitz	v. Kowalsky

Die Essäfer.

Volken-Diebenhofen	Merot
Colmar (Elsas)	Preiß
Sagenau-Weisenburg	Wiltberger

Die Bauernbündler.

Heilbronn-Redarbulm	Wolf
Erailsheim	Vogt
Straubing	Mittermeier

Die Nationalsocialen.

Marburg-Riedhain	v. Gerlach
------------------	------------

Die Wilden.

Schaumburg-Lippe	Deppe (liberal)
Solzminde-Sandersheim	Damm (liberal)

Streifzüge durch das Wahlfeld.

Die Offiziersburden.

Mehr als zwanzig konservative und Bündler und — mehrere zum Teile sehr weit rechts stehende Nationalliberale haben im Stichwahlkampf gegen die Socialdemokratie erfolgreiche Hilfe von Seiten der Freisinnigen erhalten. Wir verzeichnen vorläufig folgende freisinnige Helfenden:

Mit freisinniger Hilfe kamen in konservativen oder bündlerischen Besitz: Baugen (der Antisemit Grache), Remel, Merseburg, Ober-Barnim, Kalau-Ludau, Neu-Ruppin, Landsberg-Soldin (mit Hilfe der Freisinnigen Vereinigung), Delitzsch-Wittorf, R. und S. Dithmarschen, Niedere-Münde-Usedom, Jerichow I und II (Bismarck!), Westprignitz, Potsdam-Osthavelland, Schaumburg-Lippe, Elbing (v. Oldenburg), 1. medienburgischer Kreis (Kettich), 6. medienburgischer Kreis, Medienburg-Strelitz, Rostbus, Liebenwerda-Lorgau, Labiau-Wehlau und Tilsit.

Den Nationalliberalen halfen die Freisinnigen gegen uns u. a. in Wiesbaden, Hof, Weyreuth, Koburg, Cannstatt und Schleswig.

Die Freisinnigen haben also mehrere Duzend Mandate vor der socialdemokratischen Gefahr gerettet und sie der agrarischen Reaktion zugewandt.

Wir werden noch Gelegenheit finden, diese für die politische Geschichte nicht unwichtige Thatsache ausführlicher zu besprechen. Für diesmal sei nur ein typischer Fall herausgegriffen, der von Jerichow I und II, wo Genosse Voigt mit 8140 Stimmen gegen den Fürsten Herbert Bismarck mit 10480 Stimmen in Stichwahl stand. Ausschlaggebend waren hier die freisinnigen Volksparteiler mit 6480 Stimmen. War es nicht selbstverständlich, daß ein Freisinniger, der seinen Namen nicht schänden wollte, gegen den bornierten Oberstarbuauder und Wahlrechtsfeind, den „kommenben Mann“ der agrarischen Reaktion alle Mienen springen lassen mußte? Das Gegenteil geschah. Der gehorsame Offiziersburden hat in der Stichwahl nur etwa 1200 Stimmen mehr erhalten, Herbert Bismarck aber mehr als Dreitausend! Die Haltung der Freisinnigen hat an Schmächtigkeit und Feigheit auch die schlauesten Befürchtungen übertroffen, und wenn auf der

einen Seite der gewaltige Sieg der Socialdemokratie das wichtigste Ereignis dieser Wahl ist, so ist es andererseits die vollkommene politische Verrothung, der der Freisinn unrettbar verfallen ist.

Kann es die Socialdemokratie bedauern, daß sie den Offiziersburden der feudalen Reaktion Stichwahlhilfe gebracht hat? Sie sind kaum der Mühe wert. In zahlreichen Wahlkreisen haben die Socialdemokraten den Freisinn herausgehauen, einen guten Teil seiner paar Mandate verdankt er den Arbeitern. Dafür hat er gezahlt mit Bismarck, Kettich, Oldenburg! —

Die Stichwahl-Parole der Freisinnigen Vereinigung.

Unter diesem Titel veröffentlicht Eugen Richter in seiner Freisinnigen Zeitung folgende Nachrichten:

Die „Ostsee-Zeitung“, ein Organ der Freisinnigen Vereinigung, stellt als authentisch fest, daß der Vorstand der Freisinnigen Vereinigung in seiner Form einen Beschluß gefaßt habe, welcher Herrn Vorth ermächtigt hätte, die allgemeine Parole gegen die Reaktion für die Stichwahlen auszugeben. Soweit der „Ostsee-Ztg.“ belamut ist, habe die Freisinnige Vereinigung in keinem Wahlkreise, wo sie die Entscheidung in Händen hat, speziell die Aufforderung ergoßen lassen, für den Socialdemokraten zu stimmen.

Die „Neue Zeitungszeitung“, ein Organ, das auf dem Boden der Freisinnigen Vereinigung steht, fordert zu gemeinsamen Vorgehen der bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie auf. In Nordermünde-Usedom-Wollin hat nach der „Vossischen Zeitung“ die Freisinnige Vereinigung in der Stichwahl gegen die Socialdemokratie den konservativen Landtags-Abgeordneten v. Böhlerdorf empfohlen.

Die im Landtags-Wahlkreis des Abgeordneten Barth erscheinende „Nieler Zeitung“ erklärte vor einigen Tagen im Namen der ganzen schleswig-holsteinischen Partei es für ausgeschlossen, daß jemand für einen Socialdemokraten die Stimme abgeben könnte.

In dem bisherigen Wahlkreise des Abg. Schrader, Landsberg-Soldin, veröffentlichte der Vorstand des Liberalen Vereins (Mag. Vahr, C. Becker usw.) in der „Neumärk. Ztg.“ folgende Erklärung: „Der bevorstehenden Stichwahl gegenüber vermögen wir eine einheitliche Stellung nicht zu nehmen, und müssen dem einzelnen Wähler überlassen, zu entscheiden.“

In Stettin, wo Abg. Brömel in der Stichwahl mit der Socialdemokratie stand, hat dieser in einer Vertrauensmänner-Versammlung die anderen bürgerlichen Parteien darauf aufmerksam machen lassen, daß die Wähler aller dieser Parteien am 25. Juni vor der Frage stehen, ob sie das Vaterland über die Partei stellen wollen oder nicht. „Das ist der Gesichtspunkt, der meiner Ueberzeugung nach für alle diejenigen ausschlaggebend sein muß, die sich darüber klar sind, was es heißt, wenn die Socialdemokratie die Vertretung der Stadt Stettin im Reichstage in die Hände bekommt.“

In Königsberg war die „Hartungische Zeitung“ ermächtigt zu erklären, daß die Anhänger der Freisinnigen Vereinigung in der Stadt Königsberg sich der generellen Parole, welche von der Zeitung der Freisinnigen Vereinigung ausgegeben ist in Bezug auf das Verhalten zwischen Konservativen und Socialdemokraten, nicht anschließen.

In Lauenburg fordert der Vorstand des Vereins der Freisinnigen Vereinigung bei der Stichwahl zwischen dem Socialdemokraten und dem konservativen Grafen Verntorff die liberalen Wähler auf, ihre Stimme nach der eignen politischen Ueberzeugung abzugeben. — Ein anderer auch von liberalen Wählern unterzeichneter Aufruf fordert direkt auf, für den konservativen Kandidaten als den Kandidaten der Ordnungspartei zu stimmen.

Herr Richter will offenbar den Beweis dafür erbringen, daß die Stichwahlmoral der „Vereinigung“ ungefähr auf derselben Tiefe stehe wie die der Volkspartei. So kommen wir denn seit langer Zeit wieder einmal in die erfreuliche Lage, mit Herrn Richter einer Meinung sein zu dürfen.

Nationalsocialer Erkenntnis.

Pfarrer Raumann schreibt in der nationalsocialen Wochenchrift „Die Zeit“: „Wir Nationalsocialen kommen als geschlagene Truppe aus dem Kampf zurück. Einer von uns ist in Stichwahl, Herr v. Gerlach in Marburg; wir andern aber sind auch dieses Mal nicht bis zur Schwelle des Reichstages gelangt. Wir sind, so heißt es weiter, nicht unterlegen, weil es an Geld oder Mitteln gemangelt hätte. Alles, was wir brauchten war da. Wenn trotzdem die Niederlage erfolgt sei, so bedeute das, „wir sind nicht im Stande, die neue Partei zu begründen.“

Raumann sagt weiter, es müsse ein Delegiertentag einberufen werden, dessen einziger Verhandlungsgegenstand sei: „Was thun wir, nachdem klar geworden ist, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht parteibildend auftreten können?“

Diese Erkenntnis, die den Nationalsocialen von socialdemokratischer Seite schon längst gelehrt wurde, ist ihnen merkwürdig spät und in einem ganz merkwürdigen Zeitpunkt aufgegangen: nämlich genau in demselben Augenblick, in welchem der erste nationalsocialer Reichstags-Abgeordnete gewählt worden, also der erste Erfolg der Partei erzielt worden ist. Diesen Erfolg zu überschätzen, sind wir sicherlich nicht geneigt; aber daß Herr Raumann angesichts seines ersten Sieges — allerdings nicht ganz seines Sieges — die Hinte ins Korn wirft, bleibt drum nicht weniger seltsam.

Eine Wahrheit bleibt aber wahr, wann immer sie gesagt wird: Die nationalsocialer Partei, die mit dem Ansprache in die Welt trat, den internationalen Socialismus durch einen großpreussischen zu ersetzen, hat nach jahrelangem zähen Kampfe nur ein paar tausend Stimmen in ganz Deutschland zusammengebracht, nicht viel mehr als ein Hundertstel dessen, was die Socialdemokratie erreicht hat. Wenn ihr auch das Wahlgeld einen Wettelspennig gegönnt hat, bleibt sie bankrott.

Kein Wort der Rache

findet die „Deutsche Tageszeitung“ für ihren Chefredakteur. Nur hinter den „Verleumdungen, Ernennungen und Verfehmungen“ auf der dritten Seite des Blattes findet man unter andren Telegrammen die lässliche Kunde: Schulze gegen Dertel gewählt! Bitter! —

Stichwahlfreuden auf Vorrat.

Der Berliner Freisinn hat sich recht verfrühten Stichwahlgefühlen hingeeben. Da es aber nur wenigen Nachern im Freisinn vergönnt gewesen ist, diese Vorfreuden zu genießen, so wollen wir das hiermit nachholen und allen, die es freuen mag, die Gelegenheit dazu verschaffen. Man lese und lache:

Vertraulich. Berlin, den 17. Juni 1906.

Reichstags-Stichwahl 1906.

II. Berliner Wahlkreis.

Sehr geehrter Herr! Im ganzen Lande ist am gestrigen Wahltage ein Anwachsen der auf die socialdemokratischen Kandidaten gefallenen Stimmen zu Tage getreten — nur in einigen Berliner Kreisen, zu denen auch der unsrige gehört, ist es treuer, unablässiger Arbeit gelungen, die Hochflut zurückzudämmen. Wenn auch die Socialdemokratie sich in der Stichwahl zu einem Hauptsturm auf unseren Wahlkreis rüflet, wir sind bereit, die Gegner zu empfangen und zurückzuschlagen. Wir haben deshalb auch unsrerseits eine kräftige Agitation für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Stadtverordneten und Landtags-Abgeordneten

Robert Kreißling

eingeleitet, um unsern Wahlkreis, den lange Jahre Rud. Virchow vertreten, für den Liberalismus zurückzuerobern. Aber die Kosten des gestrigen Tages haben unsere Kasse erschöpft. Wir bedürfen dringend neuer Geldmittel, um den Wahlkampf mit gleicher

Energie, wie bisher, führen zu können. Deshalb wenden wir uns an Sie mit der dringenden Bitte um eine Beisteuer zu den Kosten der Wahlbewegung.

Bei der großen Ausdehnung des Wahlkreises, bei der stets wachsenden Zahl der Wahlberechtigten steigen auch die Kosten des Wahlkampfes naturgemäß immer mehr. Wenn Sie, geehrter Herr, wie wir nicht zweifeln, mit uns darin übereinstimmen, daß der II. Berliner Reichstagswahlkreis nicht repräsentiert sein darf durch einen Socialdemokraten, der sich nur als Vertreter eines Bruchtheils der Wählerschaft fühlt und auch im Reichstage nur deren Sonderinteressen vertreten will, so unterstützen Sie unsere Bestrebungen thätig und durch Spendung eines recht namhaften Betrages zum Wahlkampf. Können wir den Kampf energisch aufnehmen, so zweifeln wir nicht an dem Siege unserer guten Sache. Die uns freundlichst gewährten Beiträge bitten wir an den Schatzmeister unseres Wahlvereins, Herrn Stadtverordneten Haspel durch einliegende Postanweisung recht bald gefälligst zu überreichen.

In größter Hochachtung
Der Vorstand des Wahlvereins der Fortschrittspartei im II. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

**II.
An die Wähler des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises!**

Auf zur Stichwahl! Wähler! Mitbürger!
Die kühne Hoffnung der Socialdemokraten, auf einen Schlag unsern II. Berliner Reichstags-Wahlkreis wieder zu erobern, ist am dem Verständnis und dem Pflichtgefühl der Bürgerschaft gescheitert. Nun gilt es, alle Kraft zusammenzurufen, auf das uns der volle Sieg zu teil werde! Berlin II, die Hochburg der Intelligenz, der Wahlkreis, der so lange einen Strich, eine Welleküste der Wissenschaft, in den Reichstag entsand, weil II dort im Reichstage nicht durch einen Socialdemokraten vertreten werden.

Wähler! Mitbürger! Jetzt gilt's, den Blick auf das Ganze zu richten. Jetzt gilt's, Sondermeinungen und Sonderbestrebungen zurückzustellen, die Einzelwünsche der großen Sache des Vaterlandes untergeordnet und dem Rufe die Stimme zu geben, der im Gegenwärtigen dem Kandidaten der Socialdemokratie Freiheit, Recht und allgemeine Wohlfahrt im Wege ruhiger Entwicklung auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung erstreckt. Dieser Rufe ist unser Landtags-Abgeordneter und Stadtverordneter Robert Kreißling, auf den bereits im ersten Wahlgang Stimmen gefallen sind.

Er ist ein Mann, der unser aller, auch seiner politischen Gegner, Vertrauen in vollem Maße verdient. Ein Mann, dem alle Volkserhebung, alle Schöpferei, alle unerschütterliche Verbissenheit fernliegt, der mit Ernst und Zudringlichkeit seine Ideale verfolgt, aber auch Andersdenkenden Gerechtigkeit widerfahren läßt. Robert Kreißling ist ein alter Bürger unserer Bezirke, in denen er eine reiche und vielgeschätzte gemeinnützige Thätigkeit ausgeübt hat. Er ist ein Mann des gewerblichen Lebens, dem er als Arbeiter wie als Arbeitgeber angehört hat. Robert Kreißling ist ein Mann von Tat und That, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, der weiß, wo den Bürger der Schutz drückt, und den ernststen Willen hat, zu bessern und zu helfen, wo und wie immer es ihm möglich ist. In der Stadtverordneten-Versammlung, der Robert Kreißling seit langen Jahren angehört, nimmt er eine angehene Stellung ein; er hat sich auf vielen Gebieten der Gemeindeverwaltung hervorgethan und treu bewahrt, und ebenso als Mitglied des Landtages die Interessen unserer Stadt maßvoll und doch entschieden und mit Erfolg vertreten.

Mitbürger! In die Hände dieses Mannes könnt Ihr getroßt Eure Vertretung im Reichstage legen. Auch wenn mancher von Euch mit seinen politischen Ueberzeugungen nicht allenthalben übereinstimmt, werdet Ihr Euch sagen, daß ein Bürger, der der Freiheitsliebe mit Gerechtigkeit und eine starke Reformfreundlichkeit mit Besonnenheit und sorgfältiger Prüfung des Erreichbaren verbindet, wohl würdig ist, Euer Abgeordneter im Reichstage zu sein. Robert Kreißling ist ein Mann von erprobter Vaterlandsliebe, der dem Kaiser giebt, was des Kaisers, und dem Volke, was des Volkes ist.

Wähler! Mitbürger! Ihr wählet! Bedenket, daß das Wahlrecht Euch die moralische Wahlpflicht auferlegt! Bedenket, daß diejenigen die Haupthilfe für die Socialdemokratie leisten, die ihr Wahlrecht nicht achten, die keinen Gebrauch von ihm machen. Sorge jeder von Euch dafür, daß ihn nicht die Mitverantwortung treffe für die abermalige Wahl eines Socialdemokraten in unsern Wahlkreise! Darum auf zur Stichwahl! Auf, Mann für Mann! Hinweg mit Euren Bedenken und frühen Wälen — auf zur Stichwahl! Thut Eure Pflicht, daß dem Bürgerthum ein schöner Sieg beschieden sei! Und so sei am Stichwahltage, am 25. Juni, für unsern Wahlkreis die Parole:

Robert Kreißling!

Die Rettung des Hohenzollernschlosses.

Von allen Erfolgen, die der Socialdemokratie in dem nunmehr abgeschlossenen Wahlkampfe beschieden gewesen sind, ist ihr „Mißerfolg“ in Berlin I der größte. In einem Kreise, der uns nach seiner Bevölkerungszusammensetzung ungünstig schien, sind wir bis an die Schwelle des Sieges vorgeedrungen, obwohl sich alle bürgerlichen Richtungen zusammenschlossen und alle Ministerhotels feerten, um den Kreis für einen „königlichen Kaufmann“, den Vordirektor Kaempf zu retten: die jährliche Großfinanz Arm in Arm mit den antisemitischen Kleinbürgern, Regierungsbeamte Schulter an Schulter mit den Reichsfeinden a. D., fromme Centrumsleute mit „materialistischen Arbeiter“, die Abonnenten der „Kreuz-Zeitung“, „Post“ und „Staatsbürger-Zeitung“ innig gefestigt denen des „Börsen-Couriers“ und des „Berliner Tageblatts“ — Sachweis jetzt so jämmerlich zerstücktes Ideal war in Berlin I verwirklicht. Und dennoch brachte es unser Kandidat auf 6232 Stimmen, während der gemeinsame Kandidat aller Ueberzeugungsgenossen Kaempf mit einer Zufallsmehrheit von 375 Stimmen durchs Ziel ging, mit dem Vernein bereits den socialdemokratischen Zusatzausfall streifend. In den Kaempfschen Flugblättern wurde gesagt, daß keine 1000 Wähler des Genossen Kronz überzeugte Socialdemokraten seien. Wenn das wahr wäre — wie herabgekommen muß dann der Freisinn sein, daß seine eignen Anhänger lieber für einen Socialdemokraten stimmen!

Man sollte meinen, daß die freisinnige Presse an diesem demütigenden „Erfolg“ schamhaft vorüberhüchelt. Aber nein: sie feiern wahrhaftig ihren Sieg, dieselben Leute, die schon am 16. Juni hatten Stichwahl-Flugblätter drucken lassen, um in vier Berliner Kreisen das „freisinnige Bürgerthum“ triumphieren zu lassen.

Die „Vossische Zeitung“, die Anno 1848 ein Extrablatt der Freude herausgab, weil sich im Hohenzollernschloß der König vor der Revolution beugen mußte, ist jetzt überglücklich, daß es gelungen ist, das Hohenzollernschloß vor der Schande zu bewahren, daß die Interessen dieses „Gutsbezirks“ von einem Socialdemokraten vertreten würden! Die „Vossin“ preist ihr Schicksal, daß es der Socialdemokratie nicht gelungen sei, den Wahlkreis zu nehmen, „in dem das alte Hohenzollernschloß, die Residenz des Kaisers, liegt“, und triumphierend ruft sie aus:

„Alle diese Anschuldigungen und Aufrufe, alle diese und ähnlichen Kampfmittel haben sich als unwirksam, alle Spekulationen auf die Wählergünstigen und kurzfristigen als trügerisch erwiesen. Noch ist der erste Wahlkreis nicht die „rote Ein“. Der freisinnige Kandidat hat das Mandat behauptet, wenn auch mit geringer Mehrheit.“

Zum Schluß wirft das freisinnige Spieker-Organ den konservativ-antisemitischen Helfershelfern vor, daß sie durch Aufstellung eigener Kandidaten die Freisinnigen gehindert hätten, ihre ganze Kraft gegen links zu richten. Nun, das nächste Mal befolgen vielleicht die Freisinnigen den Rat, der ihnen von kon-

erhalten: Seite gegeben wurde, und verteilten Berlin untereinander: zwei Wahlkreise für den Freisinn, einer für den Antisemitismus und einer für Nationalliberale. Dann stimmen alle für einander.

Im übrigen mag vorläufig in Berlin ein einsames freisinniges Wahrscheinliches bleiben, wie im Königreich Sachsen eine „Toussaint-antisemitische Kuriosität“!

Mit gemüthlichem Carlismus spottet die freisinnig-demokratische „Volk-Zeitung“ über den „Sieg“:

„Das für den freisinnigen Kandidaten in neuwahlbaren Umfange Referendare aus freisinnigen Kreisen herangezogen werden konnten, müssen wir nach unfern Informationen bezweifeln. Denn schon bei der Hauptwahl funktionierte gerade in diesem Wahlkreise, wo der Hauptgegner des offiziellen Partei-Organ der freisinnigen Volkspartei durch den Abgeordneten Richter und durch das von ihm redigierte Blatt aufs wärmste empfohlen war, der freisinnige Wahlapparat mit kaum noch zu steigendem Hochmut. Es muß bismarck die Pyramide an Stimmern für Macaulay seit dem 16. ... ausschließlich auf die Rechnung der Konservativen gesetzt werden, die in ihren maßgebenden Organen die Wähler energisch ermahnt hatten, für Herrn Kaempff einzutreten. Die dankbare Anerkennung der Reaktionen für die ihnen in der Jollitaris-Obstruktionfrage von Seiten der Freisinnigen Volkspartei geleistete thatkräftige und moralische Hilfe verband sich hier mit der von konservativer Seite aus vollkommener Verechnung stets sorgfältig gepflegten Kultur der Legende vom roten Jespen, um Herrn Kaempff als das sogenannte „kleinere Uebel“ dem patriotischen Empfinden der konservativen Wähler nahe zu rücken. Ueberdies hatten sich die Freisinnigen des Wahlkreises diesem Empfinden mit schöner Anhänglichkeit dadurch zu empfehlen gesucht, daß sie es aus der bekannten Tiefe ihres lokalen Gemüthes als einen für einen wahrhaft freisinnigen Mann unerträglich Gedanken hinsichtlich, daß in dem Wahlkreise, wo das kaiserliche Schloß steht, ein Socialdemokrat gewählt werden könnte. So lange noch die staatsbehaltende Gesinnung des freisinnigen Männerstolzes vor Königsthronen derartige Klüften reinigt und edelster Königstreu zu zeitigen vermag, braucht der Gruppe Richter um die Wahlhilfebereitschaft der Konservativen und Antisemiten nicht bange zu sein. Wir allerdings sind der bescheidenen Meinung, daß gegenüber der für alle Freisinnigen wahrhaft beschämenden Wahlniederlage der Freisinnigen Volkspartei in Berlin vom 16. Juni die Vertheidigung der letzten freisinnigen Position in der Hauptstadt lediglich mit realerischer Behelfe nur ein jämmerlich magerer Trost ist in diesen Zeiten der freisinnigen Trübsal, herbeigeführt durch die von allen Seiten immer entschiedener als grundsätzlic erkannte Taktik der überbratenen Parteileitung und durch die unsociale Haltung des offiziellen Freisinn.“

Auch die „Berliner Zeitung“ macht einige bittere Bemerkungen:

„Die Art, wie der Stichwahlkampf auf Seiten unserer politischen Freunde geführt worden ist, war eher geeignet, gut forschende Wähler noch abzusprennen, als neue heranzuziehen. Die scharfe Betonung eines Kartells der bürgerlichen Parteien wurde noch peiniglicher durch eine Sprache des Stichwahlkampfes des Wahlvereinsvorstandes, die in konservativ-hygienischen Forderungen nicht auffallen würde, die aber für Bekämpfer der Fortschrittspartei so unpassend wie möglich war. So hat denn der Socialdemokrat, obwohl erfahrungsmäßig seine Partei alle ihre Stimmen schon im ersten Wahlgange aufzubieten pflegt, immer noch 611 Stimmen zu gewinnen, während die Freisinnige Volkspartei ... trotz der Unterstützung mindestens durch die Beamten und ehemaligen Militärs und trotz der Heranziehung aller irgend erreichbaren Wähler gegen den ersten Wahlgang ein Mehr von 2345 aufzuweisen hat.“

Die nationalliberale „National-Zeitung“ giebt gleichfalls der Wahrheit die Ehre:

„Es hätte schlimmer kommen können! Das war der Eindruck der gegen Mitternacht vorliegenden Ergebnisse. ... Also wirklich mit knappen 400 Stimmen behauptet. Und vor fünf Jahren noch mehr als das Doppelte der socialdemokratischen Stimmen! Das Leben ist gerettet — die Ehre verloren! Rein, wahrlich es ist kein Sieg. Die Wahlbeteiligung war bei weitem nicht so stark, wie es der gefährlichen Situation entsprechen hätte, der Stimmenverlust gegenüber der vorigen Wahl auf bürgerlicher Seite verhältnismäßig enorm. Wohl steht die City Berlins noch nicht unter dem roten Banner, aber das Endergebnis war nicht weit von einem Zufallsresultat entfernt. So rufen die Wahlergebnisse in ganz Berlin und Umgebung dem sogenannten „Berliner Freisinn“ ein lautes Meise zu. Mit Mühe und Not hat er das letzte kleine Plätzchen behauptet — es ist fürwahr kein Ehrenplatz mehr! Die bürgerlichen Parteien in der Reichshauptstadt werden ihre Organisation gründlich aufzuheben, die einzige Partei, die zuletzt Berliner Kreise im Reichstag vertrat, wird ihre Politik weislich zu revidieren haben. Selbstprüfung auf der ganzen Linie — oder Berlin ist bei den nächsten Wahlen rettungslos der roten Internationalen verfallen!“

Mit den Verlusten an die Socialdemokratie im Reich findet sich die „National-Zeitung“ galgenhumoristisch ab. In dem Siege in Mainz macht sie die ebenso unsterbliche wie thörichte liberale Phrase:

„Dieser Sieg gegen das Centrum ist in doppelter Beziehung bemerkenswert: eben als Verlust der Liberalen, und dann, weil ein „Revisionist“ wie Dr. David in den Reichstag einzieht. Wir können den Socialdemokraten nur mehr solcher Siege wünschen — wenn die Partei schon einmal mehr und mehr erstarbt, dann bleibt nur zu wünschen, daß wenigstens ihre noch und nach sich entwickelnde opportunistische Rechte den Vorteil dabeinträgt.“

Dertels und Hasses Niederlagen freuen sie:

Herr Dr. Dertel wird sich also für die nächsten Jahre darauf beschränken müssen, seine Mitteilungen in der „Deutschen Tageszeitung“ allsonntäglich seinem andächtigen lauschenden Publikum vorzutragen, und der Reichstag ist um eine weiche Weste ärmer. Zu den aus dem Reichstag ausscheidenden alten Mitgliedern gehört auch Herr Dr. Hassé, Leipzig. Den Verlust der Reichshauptstadt würden wir noch viel lebhafter bedauern, wenn damit nicht die „alldeutsche“ Fraktion heraufgewählt worden wäre!“

Besonders merkwürdig aber ist die Gelassenheit, mit der das nationalliberale Blatt den sensationellsten Verlust erträgt, der der Partei überhaupt begegnen konnte. Wassermanns Kandidatur meldet sie mit den kühlen, ja anscheinend ganz vergnügten Worten: „Nach der bisherige Fraktionsvorsitzende Wassermann kehrt nicht wieder.“ Dem Blatt ist der Verlust des trotz aller Delung unfähigsten Parteiführers offenbar recht angenehm.

Die „Kreuz-Zeitung“ bezieht sich nicht mit ihren Betrachtungen. Sie teilt nur Wahlergebnisse mit.

Die „Berliner Neueste Nachrichten“, die mit Kanonen scharf schießen, klopfen Trübsal, natürlich mit der Tendenz, gegen den Umsturz mobil zu machen:

„Gehen die Dinge so weiter, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß zum letztmal ein bürgerlicher Vertreter Berlins in den Reichstag entsandt wird, und daß in fünf Jahren, wenn nicht früher, die Umsturzpartei allein die Reichshauptstadt im Parlament repräsentiert.“

Das Blatt schließt mit dem Ruf:

„Dies ist sicher: Der neue Reichstag steht noch erheblich mehr unter dem Zeichen von Centrum und Socialdemokratie als der gewesene! Schöne Aussichten!“

Die nationale „Tägliche Rundschau“ weint über den „starken Auf nach links“:

„Die Socialdemokratie hat zwar nicht ganz die Erfolge zu verzeichnen, die der „Vorwärts“ in seiner Siegesrauserei träumte, sie ist sogar in einigen ihr bisher gehörigen Wahlbezirken zu Boden gerungen worden; aber sie zieht doch als die zweitstärkste Partei, um reichlich zwei Dutzend Mandate gestärkt, in den Reichstag ein und wird dort noch ungesünder und frecher toben, als im letzten Reichstage. ...“

Für die Nationalliberalen scheinen sich die Stichwahlen schlummer anzulassen, als man denken konnte. Sie hielten insbesondere den Verlust ihres Führers Wassermann, eines der wenigen staatsmännischen Köpfe des Reichstages, und haben insbesondere in Süden, dank der Feindschaft des Centrums, schwere Schläge erlitten, während sie im Norden und in Mitteldeutschland vom Centrum, den Freisinnigen und den Antisemiten Siege gewonnen haben.

Berlins erster Wahlkreis ist noch einmal von der socialdemokratischen Eroberung bewahrt geblieben, aber mit der verhängnisvoll schwachen Mehrheit von nicht einmal ganz 400 Stimmen.

Geradezu niederschmetternd wirkten die Nachrichten aus Sachsen, wo nur der persönlich allgemein beliebte wackere Reformpartei-Gräfe seinen Wahlkreis zu behaupten vermochte, während das ganze übrige Sachsen sich als rot erwies. Sogar Leipzig fiel dank der freisinnigen Quercreebereien, und der Aldeutsche Professor Hassé wird die Stadt, die er so lange im Reichstage heftens vertreten, einem Socialdemokraten Mittler überlassen müssen.

Die Stichwahlen machen das unerfreuliche Bild der Hauptwahlen nicht erfreulicher. Der starke „Auf nach links“ ... ist noch marfanter geworden, und noch drohender erhebt sich die Frage, ob die Regierung mit diesem Reichstage wird auf die Dauer auskommen und agrarfreundliche Handelsverträge wird abschließen können. Uns scheint dies fast unmöglich.“

Die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ bekennt stolz:

„Nur die nationalen Parteien Berlins haben die Residenz unserer Hohenzollern vor der Schmach bewahrt, durchweg socialdemokratisch vertreten zu sein.“

Dann aber feiert sie den „wahrhaft herzerfrischenden“ Sieg der heiligen Sache des Ritualmordes. Ihr Verleger Bruhn hat ja Altwald in Arnswalde-Friedeberg erlegt. Man höre folgenden telegraphischen Hymnus aus Arnswalde:

„Auf dem Marktplatz wurden gewaltige Kundgebungen dem Sieger Herrn Bruhn zu teil. Dieses Wahlergebnis ist symptomatisch, es zeigt aus der Miere des Alltagslebens und aus dem vielsoch so unerfreulichen Wahlsünden glänzend hervor und ist geeignet, den Mut unserer antisemitischen Kämpfer neu zu beleben. Es zeigt, daß der antisemitische Gedanke, daß die Partei des Mittelstandes im Volke festgewurzelt ist, und daß da, wo zielbewußt gearbeitet wird, wo man es versteht, die Volksseele zu packen, der Antisemitismus glänzende Siege erringen kann.“

Es wird ein erhebender Augenblick sein, wenn Herr Bruhn, der eigentliche Reiter des Hohenzollernschlosses, im Reichstage die erste Ritualmord-Rede halten wird.

Berliner Wahlen.

Am Abend der Stichwahl.

Der Abend des Stichwahltages fand Berlin in ungleich ruhigerer Verfassung, als der Abend der Hauptwahl. Die Hauptwahl hatte ja gezeigt, wie der Bismarck'sche Hase lief. Wenn auch die Stichwahlen erst die Stärke der einzelnen Parteien bestimmten, ja über das Schicksal der freisinnigen Parteien, die bei der Hauptwahl kein einziges Mandat errungen hatten, überhaupt erst entschieden, so waren doch für die Masse des Volkes die Würfel bereits gefallen. Liegt doch für den richtigen Instinkt des Volkes die Entscheidung nicht in der Zahl der Mandate, sondern in der Zahl der gewonnenen Stimmen. Könnten die bürgerlichen Parteien durch ihren künftigen Wahlsieger auch noch eine Anzahl Mandate für sich retten, ihre Niederlage und der glorievolle Sieg der Socialdemokratie war darum am 16. Juni nicht minder endgültig besiegelt. So war denn das Straßenbild am Abend des 25. Juni ein minder belebtes, als am Tage der Hauptwahl. Eine Ausnahme bildete allerdings der erste Wahlkreis, in dem noch einmal die Socialdemokratie mit der geeinten reaktionären Masse in der Stichwahl den Entscheidungsgang zu kämpfen hatte. Hier wiederholten sich die Scenen des 16. Juni. Hier entlud sich noch einmal die stierhafte Spannung in dramatischen Kundgebungen.

Freilich hatte nur die Socialdemokratie im ersten Wahlkreise öffentliche Versammlungen einberufen, in der die Wahlergebnisse veröffentlicht wurden. Das Bürgerthum hatte wieder einmal dem Publikum die Thüre vor der Nase zugeschlagen. Teilnahmsvoll, wie wir nun einmal sind, hatten wir beobachtet, auch einmal einer bürgerlichen Siegesfeier beizuwohnen. Aber im „Brandenburger Haus“ angekommen, wurde uns die niederschmetternde Kunde, daß nur dem Glücklichen, der sich im Besitze einer Eintrittskarte befände, der Eintritt zu der freisinnigen Versammlung gestattet werde. Das Studium der nächsten Erfasssäule überzeugte uns, daß uns mit der Zurückweisung recht geschehen. Stand da doch deutlich zu lesen, daß Herr Stadtrat a. D. Kaempff nur vor den Vertrauensleuten der Freisinnigen Volkspartei sprechen wolle. Trotz unres hochfliegenden Ehrgeizes wagen wir natürlich auf eine derartige Würde niemals Anspruch zu erheben. Immerhin fanden wir es einigermaßen undankbar, daß Herr Kaempff, der sich doch bereits vor seiner offiziellen Ernennung zum reaktionären Allerwelts-Kandidaten höchst eigenmächtig zum Kandidaten aller bürgerlichen Parteien proklamiert hatte, nicht einmal seinen konservativen Hilfstuppen den Zutritt zu der Feier des doch wahrlich nicht freisinnigen Wahlsieges gestattete!

So begaben wir uns denn dorthin, wo jedermann willkommen war, nach den socialdemokratischen Versammlungen. Zunächst nach Dräsel's Festsaal in der Reinen Friedrichstraße. Das Lokal war bereits polizeilich abgesperrt. Der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Krons, verkündete kurz nach unserer Ankunft die ersten Resultate. Die Nachricht, daß der reaktionäre Stichwahl im ersten Berliner Wahlkreis mit noch nicht 400 Stimmen Mehrheit das Feld behauptet, wurde mit heiterer Gelassenheit aufgenommen. Auf einen Sieg war ja nicht zu rechnen gewesen; im Gegenteil, das glänzende Stimmenverhältnis rief als Bürgschaft des sicheren Sieges bei der nächsten Wahl allgemeine Genugthuung hervor. Genosse Krons verfaß das Wahlergebnis mit treffenden Glossen. Das diesmalige Stimmenverhältnis mache es zur Gewißheit, daß auch dieser letzte freisinnige Wahlkreis Berlins bei der nächsten Wahl gleich im ersten Wahlgang von der Socialdemokratie erobert werde. Hier und da habe man es der Socialdemokratie verdacht, daß sie die freisinnigen Flugblätter nicht in gleicher Tonart beantwortet habe. Mit Unrecht; die Socialdemokratie habe unmöglich auf ein so niedriges Niveau der Polemik herabsteigen können. Gönne man dem Freisinn seine sicher nicht ungemischte Siegesfreude. Die Socialdemokratie sei mit Ehren unterlegen, der Freisinn habe wohlverloren gesiegt. In die Reichstagswahlkampfes werde sich der Landtags-Wahlkampf anschließen. Die Erfolge und Erfahrungen der Reichstagswahl dürften selbst diejenigen, die bisher der Beteiligung an den Landtagswahlen skeptisch gegenüberstanden hätten, zum Einsehen der ganzen Kraft angespornt haben. Es gelte nunmehr für die Socialdemokratie, auch in Preußen den ihr gebührenden Einfluß zu erringen, selbst auf die Gefahr hin, daß auch hier der Freisinn vollständig in die Brüche gehe! Der Redner schloß seine Ansprache mit der Verhöhnung der drei ersten Wahlsiege in W i n n e n I, M a g d e b u r g und M a i n z.

Der donnernd losbrechende Beifall fand ein unerwartetes Echo außerhalb des Saales. Man vermutete im ersten Augenblick, daß die freisinnigen „Sieger“ eine Gegendemonstration veranstaltet hätten. Man hatte sich getäuscht. Da nur noch hinter verschlossenen Thüren greifenhaft dahinbegitternde Freisinn veranstaltet keine Demonstration mehr! Das Echo scholl vielmehr aus dem Garten herauf, wo sich Hunderte nicht mehr in den Saal hineingelassener Wähler angeammelt hatten, denen ebenfalls die ersten Stichwahlsiege verkündigt worden waren. Das Staunen löste sich alsbald in fröhlichem Beifall auf.

Nachdem wir eine Zeitlang das behagliche, durch neue Siegesnachrichten freudig unterbrochene Schreiben beobachtet, wandten wir unsere Schritte den „Arminhallen“ zu. Und zu unsrer Genugthuung bemerkten wir nun doch, wie sehr das Volk an der Stichwahl im 1. Wahlkreis Anteil nahm. Aus jeder Gruppe, an der wir vorbeistreiften, schwirren Oeffnen über die Wahl an unser Ohr. Hier diskutierten die proletarische Jugend beiderlei Geschlechts das Wahlergebnis. „Diesmal noch nicht, aber sicher das nächste Mal“ war der Refrain. Dort beschäftigte sich ein Gruppe bürgerlicher Wähler mit dem Wahlausfall: „Die Socialdemokratie hat auf alle Fälle den Sieg errungen. Der Freisinn ist nur auf konservativen Striden einmal noch ins Parlament gehumpelt“. In einer Thürmische hält ein dreizehnjähriger Bürsch einer Anzahl älterer Frauen einen politischen Vortrag. Daß der Freisinnige noch einmal gesiegt hat, wird mit einem bedauernden „Oh“ aufgenommen. „Na, einmal noch und nicht wieder“, tröstet der rote Zukunftswähler.

Auch in den „Arminhallen“ sind Saal und Garten dicht besetzt. Jedes neu eroberte Mandat wird durch stürmischen Jubel gefeiert. Erst kurz vor Mitternacht zerstreut sich die freudig bewegte Menge.

So endete für Berlin des roten Volksgerichtes zweiter Tag.

Die Wahlziffern des I. Berliner Kreises.

Wenige hundert Stimmen haben in Berlin I den Sieg der Freisinnigen entschieden. Das heißt, die Vereinigung der Freisinnigen, der Antisemiten und der Centrumsleute hat sich im vornehmsten Teil Berlins nur um wenigstens stärker erwiesen als die glänzend isolierte Socialdemokratie. Auch Langerhans hat vor fünf Jahren das Mandat von Berlin I erst aus der Stichwahl holen müssen, in der ihm Genosse Poetsch gegenüberstand. Damals aber war der Freisinn im ersten Wahlgange an erster Stelle gestanden, damals hat er mit einem Plus von 4383 Stimmen über die Socialdemokratie gesiegt. Seitdem hat er 1778 Stimmen verloren, die Socialdemokratie aber hat 2230 Stimmen gewonnen. Auch im Herzen Berlins ist also die Socialdemokratie heute die bei weitem stärkste Partei. Der Freisinn mag erleichtert aufatmen haben, aber er hat wenig Grund, sich eines Sieges zu freuen, der seinen langen Bestand haben wird. Noch ein kleiner Auf, und bei der nächsten Wahl wird auch Berlin I unser sein!

Die Stimmen verteilten sich in den einzelnen Wahlbezirken folgendermaßen:

Bezirk	Wahllokal	für Kaempff	für Dr. Krons	un-gültig	Zu-sammen
1.	Poffstr. 20	198	197	1	396
2.	Stralauerstr. 36	98	233	1	332
3.	Judenstr. 18	120	149	1	270
4.	Stralauerstr. 3	178	208	2	388
5.	Stralauerstr. 57	135	201	3	339
6.	Reue Friedrichstr. 35	223	182	3	408
7.	Kaiser Wilhelmstr. 9	274	255	1	530
8.	Scharnstr. 9a	332	261	—	613
9.	Fischerstr. 24	155	407	5	567
10.	Grünstr. 1	242	403	2	647
11.	Niederswallstr. 20	204	260	1	465
12.	Niederswallstr. 6	178	102	1	281
13.	Mittelstr. 53	210	159	1	370
14.	Friedrichstr. 100	213	98	2	313
15.	Georgenstr. 24	107	98	1	206
16.	Reue Wilhelmstr. 5	191	139	2	332
17.	Unter den Linden 21	244	185	3	432
18.	Charlottenstr. 58	279	211	4	494
19.	Leipzigerstr. 44	148	128	2	278
20.	Charlottenstr. 65	209	227	1	437
21.	Mauerstr. 76	271	277	4	552
22.	Französischestr. 10	267	281	1	549
23.	Mauerstr. 56	295	128	4	427
608.	Rigard Wagnerstr. 10	246	158	4	408
609.	Holsteiner Ufer 17	306	208	3	517
610.	Brücken-Allee 20	266	257	1	524
611.	Reisenburgerstr.	273	233	2	508
612.	Händelstr.	231	148	—	379
613.	Brücken-Allee 18	271	206	3	480
614.	Händelstr. 21	218	143	3	364
Zusammen:		6607	6232	62	12 901

Im Wahllokale, in dem vornehmlich Minister und Gemeinderäte wählen, waren von 423 Stimmen 128 socialdemokratische. Hier scheint sich alles, was keinen Beamtenrod trägt, für Krons entschieden zu haben. Ganz überraschend hoch sind die socialdemokratischen Stimmzahlen in den vornehmen Bezirken 608—614. Hier, wie im ganzen Kreise muß sich ein guter Teil der Intelligenz für die Socialdemokratie entschieden haben.

Vermischtes.

Häuflicher Mord und Selbstmord. S e m b e r g, 25. Juni. In dem Dorfe Kuchow hat der Bauer Siffel infolge großer Kollage seinen fünf Kindern im Alter von vier Monaten bis acht Jahren im Schlafe die Kehle mit seinem Rasiermesser durchgeschnitten und sich darauf selbst entseid.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwerin, 26. Juni, 8 21 Vorm. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Groth (Soc.) erhielt 11 319, Dröcher 11 350 Stimmen. Sieg zweifelhaft.

Wien, 25. Juni. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, soll das ungarische Ministerium die Reformminister des Kabinetts Szell bis auf Freiherrn v. Fejervary und Grafen Szegedy übernehmen. Als zukünftiger Minister um die Person Sr. Majestät kommen Graf Festetic und Graf Ludwig Kallany in Betracht. Als künftiger Baron von Kroaten wird Graf Theodor Bejacevics oder Emil Jostpovics bezeichnet. Der Ausgleich soll in beiden Parlamenten während des Sommers beraten werden.

Belgrad, 25. Juni. (B. L. B.) Den Blättern zufolge gewährte der König sämtlichen wegen Preß- und politischer Vergehen Verurteilten Amnestie und setzte die Strafen der wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten herab.

Budapest, 25. Juni. (B. L. B.) Der Honvedminister Fejervary hat den Kaiser gebeten, daß mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit davon Abstand genommen werde, ihn in die neue Ministerkombination einzubeziehen.

Wien, 25. Juni. (B. L. B.) Als das Kabinett heute bei einer Abstimmung in der Deputiertenkammer eine Niederlage erlitt, stellte es die Vertrauensfrage; 114 Deputierte stimmten für das Kabinett, 95 gegen dasselbe. Eine Ministerkrise ist wahrscheinlich.

Sociales.

Ueber den Wert der Fabrikwohnungen, die ja in der bürgerlichen Presse gewöhnlich als eine "Arbeiterwohlfahrt" gepriesen werden, hat sich ein Vorstand des Kölner Mietervereins in Köln, der Arbeiter Antweiler, jüngst in einem Vortrage in einer Weise geäußert, welche zeigt, daß man auch außerhalb der Socialdemokratie weniger optimistisch über diese Einrichtungen zu denken anfängt. Nach dem Bericht der Kölner "Mieterzeitung" äußerte sich Antweiler über die Fabrikwohnungen in Köln wie folgt: "Fabrikwohnungen wurden in nemendwerter Anzahl in den letzten sieben Jahren (seit 1896) nur durch die Firma Gebr. Stollwerck hergestellt. Die meisten dieser Wohnungen liegen an der Bonnerstraße, unterhalb der Brauerei Stauff. Die Firma beschäftigt an 2000 Arbeiter, worunter ungefähr 400 verheiratet sind. Es sind Wohnungen für etwa 80 Familien vorhanden; dennoch stehen in diesen Häusern, namentlich in der Bonnerstraße, Wohnungen leer. Woher kommt das? Nach Aussage der Arbeiter selbst liegt der Schwerpunkt in dem wirtschaftlichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Kommt irgend ein Zwischenfall vor, dann verliert der Arbeiter nicht nur seine Stellung, sondern auch seine Wohnung. Will der Arbeiter eine bessere Arbeitsgelegenheit bei einer anderen Firma annehmen, dann muß er die Wohnung räumen. Dazu kommt, daß der Arbeiter, wie in der Fabrik, so auch in der Wohnung sich Verunsicherung gefallen lassen muß. Von allen kleinen Privatigkeiten und dergleichen weiß am nächsten Tage der Arbeitgeber, und es kann nur zu leicht vorkommen, daß der Arbeiter infolge von Geschäften, die mit der Fabrikarbeit in gar keinem Zusammenhang stehen, seine Stelle verliert. Von einer Vertätigung im öffentlichen Leben, gleichviel welcher Natur sie ist, kann kaum die Rede sein. Bei entfernt liegenden Wohnungen ist es dem Arbeiter vielfach unmöglich, mittags zu Hause zu essen. Er muß sich die Mittagsmahlzeit mitnehmen, oder sie muß ihm gebracht werden. Nimmt er sie mit, dann ist sie Tags vorher gelocht. Er sowie seine Frau und Kinder bekommen dann aufgewärmtes Essen; denn zweimal kochen kann eine solche Familie nicht. Besonnt er das Essen gebracht, so muß das Arbeiterkind für Benutzung der Straßenbahn ebenso teuer zahlen wie ein Erwachsener, nämlich 10 oder 15 Pf., wogegen eine "höhere Tochter" oder ein Gymnasialschüler mit einem Buch unter dem Arm nur 5 Pfennig für die gleiche Strecke zahlt. Außer den Arbeiterwohnungen der Gebr. Stollwerck bestehen noch einige ältere der Firma Gullkaume und andre weniger bedeutende. Die Bahnhöfer Profimienfabrik hat ihre an der Altenburgerstraße belegenen Arbeiterhäuser, die im Volksmund wegen ihres aneinandergereihten Neufens als "der Güterzug" bekannt waren, verkauft; aus welchem Anlaß ist nicht bekannt geworden. — Ueber die städtischen Arbeiterwohnungen ist im ganzen das gleiche zu sagen wie über die Fabrikwohnungen. Die Wohnungen selbst sind größtenteils gut und menschenwürdig gebaut; aber die Stadt als Arbeitgeberin verfährt nicht anders wie die privaten Arbeitgeber."

Aus der Frauenbewegung.

Ueber gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen sprach am Montag, den 22. d. M. Frau Thiede im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. — Die Rednerin entwarf zunächst ein Bild der Entwicklung industrieller Frauenarbeit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben dahin geführt, daß heute in Deutschland Millionen von Arbeiterinnen beschäftigt sind; in der Textilindustrie allein rund 280 000, als Handelsangestellte 80 000, als Schneiderinnen ca. 60 000, als Tabakarbeiterinnen 65 000 usw. Es giebt heute kaum noch einen Arbeitszweig, in dem nicht eine kleinere oder größere Zahl von Frauen thätig wäre. In schärfstem Widerspruch zu dieser enormen Anteilnahme des weiblichen Geschlechts am wirtschaftlichen Betriebe steht die fast völlige sociale und politische Rechtslosigkeit der Frau. Das was die Arbeiterinnen bisher an Rechten zu erobern vermochten, beschränkt sich einzig auf die Beteiligung bei den Krankenlassenwahlen. Dagegen steht bekanntlich bis heute den Arbeiterinnen noch nicht einmal das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbeschlichtern zu, an deren Entscheidungen sie doch genau so interessiert sind wie der männliche Arbeiter. Die sociale Lage der weiblichen Arbeiterklasse ist dabei durchweg eine sehr viel traurigere, als die des männlichen Arbeiters. In Verufen, in denen Frauenarbeit allmählich die Männerarbeit verdrängt hat, zeigen sich diese Lohnunterschiede oft in trauriger Weise. So ist z. B. die Schraubendreherbranche aus einem ehemals ausschließlich männlichen zu einem jetzt fast völlig weiblichen Berufszweig geworden. Während aber in diesem Gewerbe Männer früher durchschnittlich 24 Mark wöchentlich verdienten, erreichen jetzt die Frauen bei gleicher Arbeitsleistung nur etwa 6 Mark Wochenlohn; ebenso haben in der Buchbinderei Frauen mit Wochenlöhnen von 12—15 Mark überall Männer verdrängt, die früher dort 24—27 Mark verdienten. Die Frau ist also fast durchgängig zur ärmsten Lohnbrüderin für den Mann geworden. Die Ursache dieser traurigen wirtschaftlichen Erscheinung ist vor allem die geringe Beteiligung der Frauen an der gewerkschaftlichen Organisation. Die Arbeiterinnen sollten von ihren männlichen Kollegen längst gelernt haben, welche sociale Macht eine starke Organisation darstellt. Sie sollten lernen von Organisationen wie der der Buchdrucker, die 96 Prozent aller Berufsgenossen umfaßt, und dadurch für das Gewerbe neben guten Arbeitsbedingungen der 9stündigen Arbeitstag durchgesetzt hat. Gerade bei dem Mangel an sonstigen gesetzlichen Rechten wäre für die Frauen die Gewerkschaftsorganisation noch von erhöhter Bedeutung. Aber trotz aller Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, die Arbeiterinnen in annähernd gleicher Stärke zu organisieren wie die männliche Arbeiterschaft. Die doppelte Transparenz und Erschlaffung durch das Uebermaß des Elends, die allgemeine Rückständigkeit des Weibes tragen die Schuld daran. Dazu kommt die außerordentliche Verbreitung der Heimarbeit gerade unter den Frauen, der Heimarbeit, die durch Isolierung jeder einzelnen Arbeiterin von ihren

Genossinnen das schärfste Hindernis der Organisierung bildet. In allerletzter Zeit endlich sind bessere Fortschritte in der Frauenorganisation zu verzeichnen gewesen dadurch, daß man zunächst die Arbeiterinnen der einzelnen Fabriken und Werkstätten in kleinen Werkstübchenzusammenkünften zu vereinigen, und dort über ihre Rechte, Bestimmungen der Gewerbeordnung, hygienische Vorschriften usw. aufzuklären strebte. An dieser Werkstübchenorganisation sollten sich alle aufgekärten Arbeiterinnen, deren Zeit dies irgend zuläßt, aufs regste beteiligen, um endlich bessere Zustände schaffen zu helfen. Neben allen weitergehenden Zielen der Organisationen seien für die Frauen wie überhaupt für die Arbeiterschaft allein schon die gewerkschaftlichen Arbeitnachsweise von größter Wichtigkeit. Ebenso gewährt das seit kurzem eingeführte Arbeitersekretariat den Mitgliedern der Gewerkschaften in Fällen von Rentenstreitigkeiten ausreichende Vertretung gegenüber dem Reichsversicherungsamt. — Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhaft diskussion, an der sich Frau Baader, Frau Frommann und andre beteiligten. Frau Frommann, selbst Heimarbeiterin, weist besonders auf die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Heimindustrien hin, die jede Organisierung fast zur Unmöglichkeit machen. Mit einem lebhaften Appell an alle intelligenten Frauen, trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten für Aufklärung und Organisation ihrer Klassen Genossinnen zu wirken, schloß Frau Thiede die interessante Diskussion.

Der Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Weiskene hielt am 22. Juni seine erste, sehr gut besuchte Vereinsversammlung ab. Frau Adèle Schreiber sprach über Kinderwohl und Prostitution. In warmen, zu Herzen gehenden Worten schilderte Rednerin, wie hauptsächlich die Kinder der Armen diesem Laster zugeführt würden, und wie darin nur Besserung eintreten könne, wenn es der Frau ermöglicht würde, die Kinder sorgfältig zu erziehen. Da aber die Frau in den meisten Fällen gezwungen sei, mißzuverdienen, so könne dem Uebel nur dadurch abgeholfen werden, wenn sich die Lage des Arbeiters verbessere, billige Wohnungsverhältnisse schaffen und vor allen Dingen das Kinderschutzgesetz verbessert würde. — Durch reichen Beifall dankte die Versammlung der Rednerin für den ausgezeichneten Vortrag. Da die Lehrerschaft des Ortes eingeladen war, so nahm einer der Herren Lehrer das Wort, um seiner Freude Ausdruck darüber zu geben, daß gerade dieses Thema gewählt worden sei, und sprach der Rednerin auch persönlich seinen Dank aus. — Die nächste Versammlung findet am 20. Juli statt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Ueber die Beschäftigung der Arbeiterinnen in Sachsen

berichtet das "Reichs-Arbeitsblatt" nach dem Bericht der sächsischen Gewerbe-Inspektoren:

In 7858 (7865) Anlagen wurden im Betriebsjahre 1905/06 (189 612) Arbeiterinnen von mehr als 16 Jahren beschäftigt. Die Zeit ihrer Beschäftigung schwankte zwischen 10 und 11 Stunden täglich, doch fanden auch vielfach infolge schlechter Beschäftigung Herabsetzungen der täglichen Arbeitszeit statt. Den verheirateten Frauen wurden längere Ruhepausen gewährt. Auch die Gesetz bezüglich des Wöchnerinnen schutzes wurden verhältnismäßig selten übertreten, obwohl die Schonungszeit für Wöchnerinnen in den beteiligten Kreisen selbst zum Teil als drückende Beschränkung der Erwerbsfähigkeit empfunden wurde. In einer Cigarrenfabrik baten die Arbeiterinnen bereits vor Ablauf der vierwöchigen Frist um Ueberlassung von Arbeit, die sie in ihrer Behauptung fertig stellen wollten.

Die Beschäftigung der weiblichen Arbeiter erforderte im allgemeinen mehr Bewandtheit als Kraft. Doch wurde auch öfters zu schwerer Frauenarbeit vorgegangen und rücksichtslose Behandlung von Schwangeren gerügt. Die Inspektion Leipzig bemerkt hierzu: "Die Art der Beschäftigung der Arbeiterinnen ist im allgemeinen eine angemessene. Nur in einem Falle war es erforderlich, gegen die einer schwangeren Frau zugemutete zu schwere Arbeit einzuschreiten. Trotzdem ist die Zahl der Arbeiterinnen, die an Entzündungen der Unterleibsorgane leiden, nicht gering. Nach den Auslassungen mehrerer Arbeitgeber ist diese Erscheinung mit darauf zurückzuführen, daß Arbeiterinnen, die sich bei der Verrichtung schwerer landwirtschaftlicher Arbeiten Schaden zugesetzt haben, in Fabrikbeschäftigung suchen, und daß dann das bereits früher erwordene Leiden derselben sich schon bei verhältnismäßig wenig anstrengender Thätigkeit geltend zu machen pflegt. Das in einer Strumpfwarenfabrik bei den Strumpfformerinnen im Verhältnis zu den übrigen Arbeiterinnen häufigere Vorkommen unehelicher Geburten soll nach ärztlichem Ausspruch darauf zurückzuführen sein, daß das fortwährende Anstrennen der Strumpfformen gegen den Unterleib eine gefährliche Reizung hervorruft, die zu unstillbarem Lebenswandel führe."

Ähnlich heißt es im Bericht von Chemnitz: "In in Strumpfwand- und Handschuhappreturen das in gesundheitlicher Beziehung schädigende Anstrennen der Formen gegen den Unterleib zu verhindern, wurden den Inhabern solcher Anlagen Vorkehrungen vorgeschlagen, welche ein Aufziehen der Strümpfe bezw. Handschuhe auf die Formen in anderer Weise ermöglichen."

Aus sittlichen Gründen mußte daselbst wie auch an andern Orten darauf hingewirkt werden, daß das Aufstapeln von Ziegelsteinen in hohen Trodengestellen nicht von Arbeiterinnen geschah. Auch gegen das Arbeiten der Frauen an Webmaschinen, vor denen sie auf einem Sattel wie Männer sitzend arbeiteten, wurde als nicht anständig eingeschritten. Zur Wahrung von Anstand und Sitte mußte in einzelnen Fällen auch verlangt werden, daß Aborte, Wasch- und Schlafräume nach Geschlechtern getrennt wurden.

Verfammlungen.

Das Personal der städtischen Kranken- und Irrenhäuser war am Mittwochabend bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, versammelt, um sich eingehend mit seiner Lage zu beschäftigen. Trotzdem ein großer

Teil desselben stets durch den Dienst abgehalten ist, sich an Versammlungen zu beteiligen, war der große Saal vollkommen gefüllt. Dr. Boerich hielt das einleitende Referat. Er wies zunächst auf die vollkommen ungenügenden Gehälter des Pflegepersonals hin, mit einem monatlichen Gehalt von 40—50 M. könne niemand einen eignen Haushalt gründen. Die tägliche Dienstzeit betrage 14—15 Stunden, hierzu kamen noch die sog. Schlafwachen, wo das Personal in den Lazarettfälen übernachtet müsse. Von einer wirklichen Ruhe könne bei den Schlafwachen nicht die Rede sein, da das Stöhnen der Kranken und Toben der Irrenmühen eine solche zur Unmöglichkeit mache. Trotzdem müsse das Personal am andern Tage wieder seinen Dienst verrichten. Regelmäßige Wachen gebe es während der Dienstzeit nicht. Die persönliche Freiheit des Personals sei auf das äußerste eingeschränkt. Niemand darf ohne Urlaubsschein die Anstalt verlassen und müssen die Verurteilten zur vorgeordneten Zeit wieder zu Hause sein, widrigenfalls sie mit Verweis, Geldstrafe oder Entlassung bestraft werden. Bei geringfügigen Versehen wird dem Personal überhaupt der Urlaub entzogen, so daß sich die Verurteilten wie Gefangene vornehmen. Die Kostverhältnisse wären äußerst mangelhaft und müsse ein Teil des geringen Gehalts noch zur Anschaffung von Etwasem z. B. verwandt werden. Auch die Behandlung liege viel zu wünschen übrig; die Aufsichtsborgane seien vielfach Militärärzter gewesen und betrieben es, den Kranken in die fraglichen Institute einzuführen. Wiederholt habe man dem Personal Ohrfeigen angeboten, die Briefschaften durchsucht man und über die Letztere der Einzelnen werde Censur ausgeübt. Diese ganzen Umstände bedingen es, daß die städtischen Kranken- und Irrenhäuser in Bezug auf das Pflegepersonal einem Laubenschlag gleichen. Nicht nur das Personal selber habe unter den kritisierten Dingen zu leiden, sondern auch die Patienten, indem sie von ungeliebten, überarbeiteten und überreizten Leuten behandelt werden. Auch die Lage der Scheuerfrauen, Nährfrauen, Kochmädchen, Hausdiener und Handwerker sei äußerst verwerfungsbedürftig. — In der Diskussion ergriffen eine ganze Reihe von Rednern das Wort, die betonen, daß in Wahrheit die Verhältnisse in den städtischen Kranken- und Irrenhäusern noch viel schlimmer liegen, als sie der Referent geschildert habe. Das Essen werde sehr oft im stinkigen Zustande geliefert, der Speck sei mit Waben durchsetzt, Butter gebe es überhaupt nicht, sondern nur Margarine. In der Dalkdorfer Irrenanstalt seien ganze Keulen Fleisch verbrannt worden, da es ungenießbar war. Selbst die Kerze lagen über die schlechte Kost, ohnehin diese eine bessere Form erhalten, als das Personal. Nach längerer Diskussion, an welcher sich auch einige christliche Gewerkschaftsführer beteiligten, wurde eine Kommission gewählt, welche die Lage des fraglichen Personals einer eingehenden Prüfung unterziehen und bestimmte Forderungen an die städtischen Behörden formulieren soll. In einer weiteren Versammlung beabsichtigt man dann, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen und sie den städtischen Behörden zu unterbreiten.

Die Elektromonteur hielten am Mittwoch eine gut besuchte Versammlung in den "Johannistälern" ab, in der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Monteur und Hilfsmonteur besprochen wurden. Den Ausführungen des Referenten Pawlowitsch, der namentlich die Zustände bei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft und den Berliner Electricitätswerken kritisch beleuchtete, war zu entnehmen, daß sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen fortgesetzt verschlechtert und überaus ungünstig gestaltet haben. Trotz der sehr gefährlichen und verantwortungsvollen Thätigkeit, welche die Monteur auszuüben haben, erhalten diese nur einen Stundenlohn z. B. bei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft von 40, 45 und 50 Pf. Die Hilfsmonteur werden gar nur mit 28 bis 32 1/2 Pf. pro Stunde entlohnt. Von diesem Lohn müssen die bauleitenden Monteur noch verschiedene keine Ausgaben für Arbeitsmaterial, Nägel, Gips usw. bestreiten, wenn sie nicht im Stande sind, der Firma eine Quittung zu unterbreiten. Daß ein höherer Lohn ohne weiteres zugestimmt werden könnte, geht daraus hervor, daß die Kundenschaft für die Stunde Arbeitszeit eines Monteurs 80 Pf. bis 2 M. und dementsprechend für Hilfsmonteur und Ueberstunden, für die ein Monteur 50 bis 60 Pf. erhält, an die Gesellschaft bezahlen muß. Das Ueberstundenwesen ist recht ausgebreitet und es soll vorgekommen sein, daß einzelne Arbeiter längere Zeit hindurch durchschnittlich über 20 Ueberstunden pro Woche berechnet haben. Andererseits wurden vielfach Monteur nach Hause geschickt, ohne irgend welche Entschädigung zu erhalten, obwohl sie stundenlang warten mußten, weil für sie für den Tag keine Arbeit vorhanden war. Der Redner kennzeichnete auch die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen der Berliner Electricitätswerke und wies nach, daß den Arbeitern daraus keine Vorteile erwachsen, aber im übrigen bei dieser Gesellschaft dieselben ungünstigen Arbeitsbedingungen vorherrschen. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die verschiedenen Mißstände auch bei andern Firmen kritisiert und ebenso wie vom Referenten zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert, um mit Hilfe derselben bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

Eingegangene Druckschriften.

- Francé, G. R. Die geschichtliche Persönlichkeit Christi. 16 Seiten. Verlag Gradinger u. Co., München, Herzog Rudolfstr. 20.
- Zoeplig, Fritz, Dr. med. Die Ernährung des Kindes. Ein Begleiter für Mütter aller Stände. Breslau 1903. 19 Seiten.
- Mpt, G., Dr. med. Das Stottern. Zur Belehrung für Stotterer, deren Eltern und Lehrer. Breslau 1903. 17 Seiten.
- Offener Brief an Herrn Brauereibesitzer Georg Haase, Königlich Kommerzienrat-Breslau. 11 Seiten. — Sämtlich zu beziehen im Kommissionsverlag Frey u. Jünger, Breslau.
- Dr. Blahel. Die Entwicklung des Berliner Fortbildungsschulwesens und der obligatorische Fortbildungsunterricht. Preis 60 Pf. Berlin 1903. Herrn Walsger, Kommandantenstr. 14.

Einen sehr grossen Erfolg
und ungeheuren Umsatz erzielen wir mit unsern Cigarren-Special-Marken:



Marke Marina, Original-Größe. 100 Stück Mk. 3,50 (wird mit 5 Pl. detailliert)

Adler	M. 2,70	Für Kenner	M. 4,00	Fin de siècle, ff. Vorsteln	M. 6,00
Alice, schneeweiß bronn.	3,00	dieselbe, 300 Stück froo.	11,00	Lord, gute 10Pl.-Cigarro	6,50
Belleza, pikant	3,30	Hilda, gute 6 Pl.-Cigarro	4,50	Castanon, ff. Mexiko	7,00
Corona, alte gute Misch.	3,50	St. Andres Mexiko	5,00	Cuaba, feinduftig	7,50
Specialmarke, gross, eleg.	4,30	Sennora, Havana-Einlag.	5,50	Rosado, ff. Havana	10,00

Ausschuss-Cigarren ca. 30 Proz. billiger als dieselben Sorten in reinen Farben and

Ausschuss S I	M. 3,80	Sumatra Felix, unsort.	M. 4,50	Ausschuss III B	M. 5,00
Ausschuss S II	4,20	Mexiko-Ausschuss	5,00	Flor de Garcia, ff. Havana	7,30

Verkauf u. Versand nicht unter 100 Stück einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei. Bei 1000 Stück, auch in verschiedenen Sorten, 5 Proz. Rabatt. Nicht Zusagendes nehmen zurück.

Rauscher & Fabisch, Cigarren-Engros-Haus, Berlin NW. 6, Karlstrasse 24, I. Et., kein Ladengeschäft. 1907L

Beste Bezugsquelle für Händler und Gastwirte.

Schon 11. Jull Brissoner Ziehung.

60,000 baaro und Mark

I eleg. 4spännige Equipage
und die Hauptgewinn der

Schloss Burg-Loose à 3 Mark und Brissoner Pl.-Loose à 1 Mark gegen Einzahlung von 4 M. 30 Pf. franco 2 Loose nebst Gewinnlisten

Lud. Müller & Co. Berlin, Breitestr. 5.

Die schönsten Herren-
Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu, sowie speziell 1719L

Monatgarderobe

v. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede Art, pass. und in gr. Stückm. stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

J. Wand, 1. Geschält: Weinstra. 17, an der Wasserthorstraße.
2. Geschält: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstraße.

Kunststopferei
von 9822*

Frau Kokosky,
Zeilmeierstr. 48, Cuergeb. hochpart

Stempel-Fabrik von 10712*

Robert Hecht,
Berlin S., Cranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten

Stempel in bester Ausführung.

Kaufschul-Typen "Perfekt" zum Zusammensetzen einzelner Wörter (omic ganzer Sätze von 1,50 M. an

Patent (1744)*

Verwertung, Finanzierung, Anmelde u. Pat. u. Gebrauchsmult. zum Selbstkostenpreis bei Auftrag z. Berwert. Anfertigung von Zeichnungen. **Wolters & Co.,** W., Potsdamer Straße 123, Kustante und Rathslöge kostenlos.